

Interparlamentarische Koordinationsstelle (BIC)



Tätigkeitsbericht 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Ihnen den Tätigkeitsbericht der Interparlamentarischen Koordinationsstelle (BIC) für das Jahr 2025 zu präsentieren. Gemäss Artikel 7 Abs. 2 des Reglements der BIC wird dieser Tätigkeitsbericht den Parlamenten aller Mitgliedskantone des Vertrags über die Mitwirkung der Parlamente (ParlVer) zugestellt.

Die BIC wurde 2011 durch den ParlVer (Art. 4-6 ParlVer) ins Leben gerufen und ersetzte das Forum Kommission für auswärtige Angelegenheiten der Präsidenten der Westschweizer Kantone, das in der Zeit der «Convention des Conventions» bekannt war¹. Es handelt sich damit um den Bericht über das 15. Tätigkeitsjahr.

1. Zusammensetzung der BIC

Die BIC setzt sich aus einem ordentlichen Mitglied und einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter pro Vertragskanton zusammen. Die Mitglieder werden aus den Reihen der kantonalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier gewählt und gemäss der im jeweiligen Kanton geltenden Gesetzgebung ernannt. Das ordentliche Mitglied der BIC ist in der Regel die Präsidentin oder der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des betreffenden Kantons und das stellvertretende Mitglied ist in der Regel die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident der entsprechenden Kommission.

Gemäss dem bestehenden kantonalen Turnus, laut dem jeder Kanton der Reihe nach das Präsidium für zwei Jahre besetzen darf, wurde und wird das Präsidium für die Jahre 2025-2026 vom Kanton Wallis sichergestellt. Das Vizepräsidium wurde und wird für die Jahre 2025-2026 vom Kanton Jura wahrgenommen.

Änderungen in der Zusammensetzung der BIC im Jahr 2025:

- *Kanton Wallis*

Vincent Roten, Präsident der Walliser Delegation für auswärtige Angelegenheiten, wurde ordentliches Mitglied und Präsident der BIC für die Jahre 2025-2026 und ersetzt damit Géraldine Arlettaz-Monnet. Nicole Carrupt, Vizepräsidentin der Walliser Delegation für auswärtige Angelegenheiten, wurde als Nachfolgerin von Lucien Barras stellvertretendes Mitglied der BIC.

- *Kanton Neuenburg*

Daniel Berger, Präsident der Neuenburger Kommission für auswärtige Angelegenheiten, wurde als Nachfolger von Sloane Studer zum ordentlichen Mitglied der BIC ernannt. Diane Skartsounis, Vizepräsidentin der Neuenburger Kommission für auswärtige Angelegenheiten, wurde als Nachfolgerin von Daniel Berger zur Stellvertreterin in der BIC ernannt.

¹ Für eine Beschreibung der BIC, ihrer Aufgaben und ihrer Funktionsweise, siehe den Tätigkeitsbericht der BIC für das 2011: https://ge.ch/grandconseil/data/divers_publication_pdf/bic_bericht_2011.pdf

Am 31. Dezember 2025 setzte sich die BIC wie folgt zusammen:

	Mitglieder	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
VD	Yann Glayre	Pierre Zwahlen
FR	Nicolas Pasquier	Bernhard Altermatt
VS	Vincent Roten <i>Präsident 2025/2026</i>	Nicole Carrupt
NE	Daniel Berger	Diane Skartsounis
GE	Jean-Marc Guinchard	Jacklean Kalibala
JU	Vincent Wermeille <i>Vizepräsident 2025/2026</i>	Gauthier Corbat

Tina Rodriguez, wissenschaftliche Kommissionssekretärin im Genfer Grossen Rat, führt das Generalsekretariat der BIC. Stefano Gorgone, ebenfalls wissenschaftlicher Kommissionssekretär im Genfer Grossen Rat, übernimmt die Stellvertretung im Sekretariat der BIC und führt die Protokolle der Sitzungen der BIC.

2. Die drei Sitzungen der BIC im Jahr 2025

Sitzung vom 13. Januar 2025, per Videokonferenz

Folgende Traktanden wurden behandelt:

- Prüfung und Genehmigung des Tätigkeitsberichts 2024;
- interkantonale Vereinbarungen und Aktivitäten;
- Entwurf einer interkantonalen Vereinbarung über den elektronischen Datenaustausch im Justizvollzug;
- interparlamentarische Aufsichtskommission.

Sitzung vom 12. November 2025, per Videokonferenz

Folgende Traktanden wurden behandelt:

- Prüfung und Genehmigung der Rechnung 2024 der BIC;
- Prüfung und Genehmigung des Budgetentwurfs der BIC für das Jahr 2026;
- Interkantonale Vereinbarungen und Aktivitäten.

Sitzung vom 1. September 2025, per Videokonferenz

Folgendes Traktandum wurde behandelt:

- Interkantonale Vereinbarungen und Aktivitäten.

3. Zirkulation der Informationen über die Vereinbarungen, die sich in Verhandlung befinden

Die BIC möchte den Informationsfluss über interkantonale Vereinbarungen verbessern und die Anwendung der Mechanismen der parlamentarischen Vernehmlassung (ParlVer) verstärken. Nach einem Treffen mit der WRK im Jahr 2021 sensibilisierte sie die Staatskanzleien der Westschweiz, damit die Exekutiven diese manchmal wenig bekannten Verfahren der BIC besser integrieren. Laut der BIC hat sich die Informationsübermittlung in den letzten Jahren deutlich verbessert.

4. Website der Koordinationsstelle

Die Website der BIC wurde 2012 geschaffen und läuft noch immer über die Web-Infrastruktur des Grossen Rats des Kantons Genf. Sie ist unter folgenden Adressen zugänglich:

[ge.ch/grandconseil/gc/intercantonale_de/parlver](https://www.ge.ch/grandconseil/gc/intercantonale_de/parlver) (deutsch)

[ge.ch/grandconseil/gc/intercantonale_fr/coparl](https://www.ge.ch/grandconseil/gc/intercantonale_fr/coparl) (französisch)

Die Website enthält Informationen zum ParlVer, zur BIC, zur Prüfung der interkantonalen Vereinbarungen und zur interparlamentarischen Geschäftsprüfung. Die wichtigsten Dokumente, welche den ParlVer und die BIC betreffen, sind ebenfalls auf der Website zu finden.

5. Interparlamentarische Aktivitäten

Themen, die im Laufe des Jahres 2025 in der BIC behandelt wurden:

Interkantonale Vereinbarung justitia.swiss

Die öffentlich-rechtliche Körperschaft justitia.swiss wird die Plattform justitia.swiss betreiben. Bei Bedarf wird sie zusätzliche Leistungen und technische Mittel für die elektronische Kommunikation in Gerichtsverfahren anbieten. Das Bundesgesetz über die Plattformen für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) bildet die rechtliche Grundlage für die Umsetzung der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Es wurde eine Vernehmlassung eingeleitet, aber da die Frist für die Einrichtung einer Prüfungs-IPK zu kurz war, konnten die Kommissionen eine schriftliche Stellungnahme abgeben. Die Walliser Delegation für auswärtige Angelegenheiten und die thematische Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Kantons Waadt (CTAE) haben ihre Stellungnahme übermittelt. Die entsprechende Vereinbarung wurde am 2. Mai 2025 von der KKJPD verabschiedet und wird nun in den Kantonen ratifiziert.²

Interkantonale Vereinbarung über den elektronischen Datenaustausch im Justizvollzug

Diese Vereinbarung ist ein Schweizer Projekt, das darauf abzielt, eine Rechtsgrundlage für den reibungslosen und automatisierten Informationsaustausch zwischen Kantonen über Strafen und strafrechtliche Massnahmen zu schaffen, und zwar über Systeme wie das Strafvollzugsinformationssystem und das elektronische Strafvollzugsdossier. Diese Vereinbarung war Gegenstand einer Vernehmlassung. Da die Westschweizer Kantone einstimmig auf die Einrichtung einer Prüfungs-IPK verzichtet haben, wurden die Kommissionen aufgefordert, ihre Stellungnahme im Sinne von Artikel 12 ParlVer zu übermitteln. Die CTAE des Kantons Waadt hat dem Staatsrat des Kantons Waadt im März 2025 eine Stellungnahme zur Weiterleitung an die KKJPD übermittelt.

Vereinbarung zwischen den Kantonen und dem Bund über die Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz (VHIS)

Es handelt sich um die Fortsetzung des 2015 von der KKJPD lancierten Programms zur Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz. Die Vereinbarung regelt die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund zur Unterstützung des Digitalen Wandels, insbesondere den Austausch von Daten und Dokumenten sowie die Entwicklung und Verwaltung gemeinsamer IT-Standards. Die BIC wurde nicht offiziell in die Vernehmlassung einbezogen, aber vom Parlamentssekretariat des Kantons Freiburg über das Bestehen des Abkommens informiert. Der Grosse Rat des Kantons Waadt dürfte dem Beitritt zu dieser Vereinbarung, die in den anderen Westschweizer Kantonen bereits in Kraft ist, in Kürze zustimmen. Die VHIS ist am 1. Juli 2025 in Kraft getreten.

² Website justitia.swiss: https://www.justitia.swiss/de/ueber_uns

Interkantonale Vereinbarung über die Digitalisierung des Gesundheitswesens (CARA)

Die Vereinbarung legt den Rahmen für die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Gesundheit fest, insbesondere für das elektronische Patientendossier. Nach einer ersten Vernehmlassung durch CARA hat eine Prüfungs-IPK aus Vertreterinnen und Vertretern der Kantone VD, VS, GE, JU und FR den Entwurf analysiert, Änderungsvorschläge formuliert und ihre Empfehlungen weitergeleitet. CARA hat alle vorgeschlagenen Änderungen akzeptiert, sodass die Ratifizierung durch die fünf Kantone im Jahr 2023 erfolgen konnte. Die Vereinbarung trat 2024 in Kraft. Die Aufsichts-IPK trat im November 2025 zum ersten Mal zusammen. Nach der Ankündigung des Bundes, das derzeitige elektronische Patientendossier durch ein elektronisches Gesundheitsdossier und eine nationale technische Infrastruktur zu ersetzen, hat der Verband CARA seine Unterstützung für diese Reform bekundet und gleichzeitig bekräftigt, dass das derzeitige EPD weiterhin nützlich ist, genutzt wird und bis 2026 landesweit eingeführt werden soll, bis das neue System³ verfügbar ist.

Entwurf für eine Änderung des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen (KSU)

Im Juni 2023 schlug die LKJPD vor, Artikel 9 des Konkordats vom 18. Oktober 1996 über die Sicherheitsunternehmen (KSU) zu ändern, um die Solvenzanforderung zu streichen. Die Parlamente der Westschweiz, die über diesen Vorschlag informiert wurden, verzichteten auf die Einrichtung einer Prüfungs-IPK, und die BIC wies darauf hin, dass jedes Parlament oder dessen zuständige Kommission vor der Genehmigung individuell Stellung nehmen könne. Nach einer Sitzung der BIC im September 2023 wurde der Prozess offiziell eingeleitet, und die Kommissionen konnten ihre Standpunkte übermitteln. Bis heute wurde die Änderung des Konkordats von den sechs Grossen Räten der Westschweiz angenommen und ist bereits in den Kantonen Freiburg, Jura, Neuenburg und Wallis in Kraft getreten.

Neue Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB 2019)

Die IVöB 2019 wurde überarbeitet, um sie an das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) anzupassen. Sie wurde 2015 von einer interparlamentarischen Kommission geprüft, im November 2019 von der BPUK verabschiedet und trat im Juli 2021 nach dem Beitritt von zwei Kantonen in Kraft, während in den übrigen Kantonen weiterhin die Vereinbarung von 2001 zur Anwendung gelangt. In der Westschweiz trat die IVöB 2019 in den meisten Kantonen per 2023 in Kraft. Genf ist der IVöB 2019 bis Ende 2025 noch nicht beigetreten.

Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (Interkantonale Spitalschulvereinbarung) / (ISV)

Mit der ISV wird der Ausgleich zwischen den Kantonen für den Spitalunterricht von Kindern, die ausserhalb des Kantons behandelt werden, organisiert. Eine 2021 durchgeführte Vernehmlassung ermöglichte es den parlamentarischen Kommissionen der Westschweiz, sich zu äussern, doch konnte aufgrund des Zeitmangels keine Prüfungs-IPK gebildet werden. Diese Vereinbarung wurde im Oktober 2022 von der EDK verabschiedet. Die ISV tritt am 1. Januar 2026 für UR, SO, TG, ZH, BE und FR in Kraft.

Vor 2025 behandelte Gegenstände:

Neue interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV II oder IUV 2019)

Die Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV II), die 2019 verabschiedet wurde, regelt den Zugang der Universitäten auf der Basis der Gleichbehandlung und definiert die finanziellen Beiträge der Nicht-Universitäts-Kantone und der Universitätskantone. Die Vereinbarung wurde 2017 von einer interparlamentarischen Kommission geprüft und nach einer Vernehmlassung

³ Medienmitteilung CARA vom 7. November 2025: <https://www.cara.ch/de/medias-215>

im Juni 2019 von der EDK genehmigt. Nach dem Beitritt von 18 Kantonen trat sie am 1. Januar 2022 in Kraft. In der Westschweiz erfolgte die Umsetzung je nach Kanton zwischen 2022 und 2024.

Entwurf der Interkantonalen Vereinbarung über den Datenaustausch zum Betrieb gemeinsamer Abfrageplattformen und Datenbanksysteme (POLAP).

Der Entwurf zielt darauf ab, den Zugang der Schweizer Polizeibehörden auf Daten aus kantonalen, nationalen und internationalen Informationssystemen zu erweitern. Da das BIC erst spät über die Vernehmlassung der KKJPD (November 2023 bis Februar 2024) informiert wurde, konnte es keine Prüfungs-IPK einrichten. Die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten wurden daher gemäss Art. 12 ParlVer aufgerufen, direkt bei ihren Exekutiven zu intervenieren. Die für Sommer 2024 geplante zweite Vernehmlassung wurde verschoben, da das Projekt derzeit ausgesetzt ist und alternative Lösungen geprüft werden.

*Révision de la Convention sur la protection des données et la transparence (CPDT-JUNE⁴)»
(Revision der Vereinbarung über den Datenschutz und das Öffentlichkeitsprinzip)*

Die CPDT-JUNE, die seit 2013 in Kraft ist, wurde im Jahr 2021 revidiert. Die Parlamente der Kantone Jura und Neuenburg haben beschlossen, keine Prüfungs-IPK einzurichten. Die Änderungen wurden 2022 verabschiedet und die überarbeitete Fassung trat am 1. Oktober 2022 in Kraft⁵.

Vereinbarung zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung (WFV)

Die WFV legt den Mindestbeitrag der Kantone an die Spitäler für die Ausbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten fest und verteilt die Kosten entsprechend der Bevölkerungszahl auf die Kantone. Sie trat im Januar 2022 in Kraft und wurde von den Westschweizer Kantonen zwischen 2015 und 2022 schrittweise ratifiziert. Im November 2023⁶ hatten sich ihr 24 Kantone angeschlossen.

Revision des interkantonalen Konkordats über die gemeinsame Pädagogische Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg (HEP-BEJUNE)

Das im Jahr 2000 für Bern, Jura und Neuenburg geschlossene Konkordat HEP-BEJUNE wurde überarbeitet, um seine Entscheidungsgremien neu zu organisieren. Die von den Regierungen, Parlamenten und der Aufsichts-IPK genehmigte Revision trat am 1. August 2021 in Kraft.

Revision der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

Die im Jahr 2018 erfolgte Revision der IVSE, mit der bestimmte ausserordentliche Kosten auf den Kanton des letzten Wohnsitzes des Kindes übertragen werden, trat am 1. Juni 2020 mit dem Beitritt von 18 Kantonen in Kraft. Trotz Kritik in Genf und Waadt wegen einer mangelnden Vernehmlassung wurde sie in der Westschweiz schrittweise eingeführt und ist seit dem 15. Juni 2022 in allen Westschweizer Kantonen in Kraft.

⁴ Es existiert keine deutsche Abkürzung für CPDT-JUNE. In der deutschen Sprache steht CPDT für Vereinbarung zum Datenschutz und zum Öffentlichkeitsprinzip, und JUNE für die Kantone Jura und Neuenburg, welche die einzigen Mitglieder der Vereinbarung sind.

⁵ Website PPDT JU/NE: <https://www.ppdt-june.ch/fr/Documentation/Bases-legales/Convention-intercantonale-des-8-et-9-mai-2012-relative-a-la-protection-des-donnees-et-a-la-transparence-dans-les-cantons-du-Jura.html#CPDT>

⁶ Informationen WFV: [Vereinbarung zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung - GDK](#)

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Harmonisierung und gemeinsame Bereitstellung der Polizeitechnik und -informatik in der Schweiz (VPTI)

Die Vereinbarung wurde hauptsächlich von den Exekutiven ausgehandelt, ohne dass eine parlamentarische Zustimmung erforderlich war. Die Vernehmlassungen waren daher limitiert: über die thematische Kommission für auswärtige Angelegenheiten (CTAE) des Kantons Waadt, durch informelle Gespräche im Kanton Freiburg und im März 2021 vor der Kommission für kommunale, regionale und internationale Angelegenheiten (CACRI) im Kanton Genf.

Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über das Spital Riviera-Chablais (HRC)

Um die finanziellen Schwierigkeiten des HRC zu bewältigen, haben die Kantone Waadt und Wallis einen Plan zum finanziellen Gleichgewicht bis 2026 mit 125 Millionen Franken über 15 Jahre vorgesehen. Eine Überarbeitung der interkantonalen Vereinbarung hat die Zuständigkeiten geklärt und wurde von einer Prüfungs-IPK bestätigt, während der Grosse Rat des Kantons Waadt nach einer parlamentarischen Untersuchung Empfehlungen formuliert hat⁷.

Interkantonale Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten (IVLW)

Die IVLW wurde auf nationaler Ebene geändert, um das Bestehen der Lotterie- und Wettkommission bis zum Inkrafttreten der neuen Glücksspielkonkordate zu verlängern. Die Kantonsregierungen und Kantonsparlamente haben die Zusatzvereinbarung genehmigt, die bis zum 31. Dezember 2018 verabschiedet werden musste.

Gesamtschweizerisches Geldspielkonkordat (GSK) und Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele (CORJA)

Zwischen 2016 und 2019 waren das GSK und die CORJA Gegenstand umfassender Vernehmlassungen, an denen sich die Loterie Romande aktiv beteiligte und bei denen die BIC die Einbeziehung der Parlamente aufmerksam verfolgte. Die CORJA hat die meisten Vorschläge der Prüfungs-IPK übernommen, im Gegensatz zur GSK, die bereits ratifiziert wurde. Sie wurden für ein Inkrafttreten am 1. Januar 2021 ratifiziert und werden nun von der seit 2022 aktiven Aufsichts-IPK CORJA überwacht.

Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz der Kantone Freiburg, Waadt und Genf (SIERA)

Die SIERA-Vereinbarung über den Unterhalt der Nationalstrassen zwischen Freiburg, Waadt und Genf durchlief 2018 ein interparlamentarisches Verfahren ohne Prüfungs-IPK. Eine Aufsichts-IPK, der drei Grossrätinnen und Grossräte pro Kanton angehören, wurde eingerichtet und trifft sich seit 2019 regelmässig zu jährlichen Sitzungen, die abwechselnd in den beteiligten Kantonen stattfinden.

Änderung des Konkordats über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen (und teilweise aus dem Kanton Tessin)

Im Jahr 2014 schlug die LKJPD vor, das Konkordat von 2005 über den Strafvollzug bei Minderjährigen zu ändern. Auf Antrag der Westschweizer Parlamente wurde eine Prüfungs-IPK eingesetzt, die im März 2015 ihren Bericht vorlegte. Der überarbeitete Text wurde anschliessend verabschiedet und trat am 1. Juli 2018 in Kraft.

⁷ Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission PUK zum Thema HRC:
<https://www.vd.ch/gc/seances-du-grand-conseil/point-seance/point/0b38cfb5-112c-4bc6-a9eb-7248d1453826/meeting/1004441/> (nur auf Französisch vorhanden)

Änderung des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Westschweiz

Im Jahr 2013 haben die Parlamente der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Wallis und Waadt eine Prüfungs-IPK im Zusammenhang mit der Revision des Konkordats von 1988 über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Westschweiz eingesetzt. Nach der Verabschiedung durch die Regierungen ist das revidierte Konkordat nun in der gesamten Westschweiz in Kraft.

6. Sekretariat der BIC

Budget 2026

Gemäss ParlVer werden die Kosten des Sekretariats zwischen den Vertragskantonen aufgeteilt. Der Aufteilungsschlüssel wird nach der Bevölkerungszahl jedes Kantons berechnet. Für die Aufteilung zwischen den Kantonen beschloss die BIC, sich ab 2012 für vier Rechnungsjahre auf die Bevölkerungsdaten des Jahres 2009 zu stützen. Seit dem Budget 2016 werden die kantonalen Beiträge aufgrund der neuen Zahlen, die vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht wurden, berechnet. Die Zahlen für 2021 gelten für vier Geschäftsjahre ab dem Budget 2024.

	<i>Bevölkerung</i>	<i>in %</i>	<i>in Franken</i>
Freiburg	329 809	14.56	7279.27
Genf	509 448	22.49	11 244.12
Jura	73 798	3.26	1628.81
Neuenburg	176 166	7.78	3888.19
Wallis	353 209	15.59	7795.74
Waadt	822 968	36.33	18 163.87
Total	2 265 398.00	100.00	50 000.00

Im Budget 2026, das von der BIC in der Sitzung vom 12. Mai 2025 genehmigt wurde, sind 3000 Franken immer noch unter dem Posten «sonstige Kosten» aufgeführt, der bis zum Budget 2020 einen Betrag von 1000 Franken vorsah, der vom BIC für das Budget 2021 und folgende geändert wurde. Dieser Posten entspricht dem Anteil des Budgets, der für die Kosten der Prüfungs-IPKs bereitgestellt wird.

Die Höhe der anderen Posten bleibt unverändert und das Budget besteht hauptsächlich aus den Gehältern und Sozialabgaben für das Personal. Der jeweilige Anteil am Sekretariatsbudget wird in die Budgets der einzelnen Kantone aufgenommen. Es sei darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung des Kantons Jura infolge des Übertritts von Moutier in diesen Kanton um 10 000 Einwohner zunehmen wird. Die Aufteilung wird sich daher entsprechend ändern.

Übersetzung

Die wichtigsten Unterlagen der BIC, namentlich das Reglement, das Pflichtenheft des Sekretariats, und die Tätigkeitsberichte, werden auf Deutsch übersetzt. Dasselbe gilt für die Seiten auf der Website. Die BIC hat vorgesehen, dass die Übersetzungen abwechselnd von den zweisprachigen Parlamentssekretariaten der Kantone Wallis und Freiburg ausgeführt werden. Die BIC musste im Jahr 2019 ausnahmsweise einige Übersetzungsrechnungen für die Aufsichts-IPK HES-SO übernehmen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass sie nicht für die Kosten der Aufsichts-IPKs, sondern nur für die Kosten der Prüfungs-IPKs aufkommt.

7. Interkantonale Legislativkonferenz (ILK)

Die ILK hat 2016 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um ihre Organisation und ihre Aufgaben zu überprüfen, insbesondere im Hinblick auf den Informationsaustausch und die Einrichtung einer

Koordinationsstelle. Im Jahr 2019 wurde sie zu einem Verein mit Statuten und finanzieller Beteiligung der Mitgliedskantone. Die Westschweizer Kantone sind dem Verein nicht beigetreten, können dies aber jederzeit tun. Seitdem organisiert die ILK regelmässig Seminare zu aktuellen Themen wie Gesundheitskrise, Klima, Bildung oder Demografie, an denen die Mitglieder der BIC auf Wunsch teilnehmen können.

8. Möglicher Beitritt des Kantons Bern zum ParlVer

Im Jahr 2020 traf sich die BIC mit Vertreterinnen und Vertretern des Grossen Rates des Kantons Bern, die den Austausch zwischen den Kantonen der Westschweiz und der Deutschschweiz verstärken wollten. Die BIC erklärte sich offen für einen möglichen Beitritt Berns zum ParlVer, wies jedoch darauf hin, dass die Verbreitung seiner Dokumente den bereits beigetretenen Kantonen vorbehalten sei. Nachdem die BIC 2021 über das offizielle Interesse Berns an einem Beitritt zum ParlVer informiert worden war, setzte sie den Austausch fort. Ein parlamentarischer Antrag wurde auf die Tagesordnung des Grossen Rates des Kantons Bern gesetzt und dann vertagt. Im September 2023 fand ein weiteres Treffen mit der BIC statt, um das Funktionieren der BIC vorzustellen und Fragen zu beantworten. Die BIC hat dann Ende 2024 erfahren, dass ein Beitritt des Kantons Bern zum ParlVer letztlich nicht mehr in Betracht gezogen wurde.

9. Ausblick 2026

Für das Jahr 2026 werden insbesondere die folgenden wichtigen Aktivitäten ins Auge gefasst:

- Fortführen und Verstärken der Entwicklung von Beziehungen mit den kantonalen und interkantonalen Partnerinnen und Partnern, um sicherzustellen, dass die konkordatsspezifischen Informationen der BIC innert nützlicher Frist zur Verfügung stehen, um die Umsetzung der vom ParlVer vorgesehenen Verfahren zu ermöglichen.
- Die BIC möchte die Funktionsweise der Aufsichts-IPKs verbessern und hat zu diesem Zweck ein erläuterndes Dokument übermittelt, um das Verständnis der interkantonalen Mechanismen zu erleichtern. Es ist sicherzustellen, dass die Mitglieder mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Aufgaben erfüllen können, insbesondere, dass Einberufungen und Protokolle innerhalb angemessener Fristen zur Verfügung gestellt werden.

Vincent Roten

Präsident der BIC

Genf, 31. Dezember 2025

Der Tätigkeitsbericht 2025 wurde von der BIC an der Sitzung vom 12. Januar 2026 angenommen.